Antrag auf Beschlussfassung

Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz

Betreff: Unterstützung des Beschlusses des Landtages Sachsen-Anhalt zu Friedensgesprächen und einer diplomatischen Lösung des Ukrainekrieges

Antragsteller: Ralf Hänsch

Datum: 4.11.26

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz möge folgenden Beschluss fassen:

1. Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz erklärt seine Unterstützung für den Beschluss des Landtages Sachsen-Anhalt zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen von AfD und BSW „Friedensgespräche statt Ausweitung des Krieges in der Ukraine“ (Drucksache 9/31).

2. Mit diesem Beschluss bringt der Stadtrat zum Ausdruck, dass er hinter den im genannten Landtagsantrag formulierten Zielen und Forderungen steht und diese ausdrücklich unterstützt.

3. Der Stadtrat setzt damit ein öffentliches Zeichen für diplomatische Bemühungen zur Beendigung des Krieges in der Ukraine und für eine friedliche Lösung des Konfliktes.

4. Der Bürgermeister wird beauftragt, diesen Beschluss dem Präsidenten des Landtages Sachsen-Anhalt, der Landesregierung sowie den Fraktionen von AfD und BSW im Landtag schriftlich zu übermitteln und in geeigneter Form öffentlich bekannt zu machen.

Begründung

Der Krieg in der Ukraine und die damit verbundenen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen haben Auswirkungen, die auch auf kommunaler Ebene spürbar sind.

Steigende Lebenshaltungskosten, wirtschaftliche Unsicherheiten, Energiepreise und die Belastungen öffentlicher Haushalte betreffen auch die Bürger, Unternehmen und Einrichtungen der Stadt Raguhn-Jeßnitz.

Der Landtag Sachsen-Anhalt hat sich mit dem gemeinsamen Antrag von AfD und BSW für eine diplomatische Lösung des Konfliktes und eine Veränderung der bisherigen Politik gegenüber Russland ausgesprochen.

Mit dem vorliegenden Antrag soll der Stadtrat Raguhn-Jeßnitz die Möglichkeit erhalten, seine Unterstützung für diesen Landtagsbeschluss öffentlich zum Ausdruck zu bringen.

Ziel ist es, ein deutliches Zeichen zu setzen, dass die im Landtag formulierten Forderungen auch auf kommunaler Ebene Unterstützung finden.

Der Beschluss stellt eine politische Willensbekundung dar und begründet keine unmittelbaren außenpolitischen Maßnahmen oder rechtlichen Verpflichtungen.

Finanzielle Auswirkungen

Keine wesentlichen finanziellen Auswirkungen.

Anlage

Landtag Sachsen-Anhalt – Drucksache 9/31

Raguhn-Jeßnitz, den 4.11.26

Unterschrift des Antragstellers

LANDTAG VON
SACHSEN-ANHALT

07.10.2026
Drucksache
9/31

öffentlich

Antrag

–

Fraktionen AfD, BSW

Friedensgespräche statt Ausweitung des Krieges in der Ukraine

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

I. Die Politik der gegen Russland gerichteten Sanktionen, der wirtschaftlichen Embargos und der Waffenlieferungen und finanziellen Hilfen an die Ukraine ist gescheitert. Die einseitige Parteinahme des Westens im Ukrainekrieg hat nicht dazu beigetragen, den Krieg zu beenden, sondern sie verlängert das Leiden der Bevölkerung und erhöht das Risiko der Ausweitung des Krieges auf weitere Staaten. Durch den gegen Russland gerichteten Energie- und Wirtschaftskrieg werden Industrie, Gewerbe und Handel in Deutschland und unsere Bürger massiv geschädigt.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, insbesondere durch eine entsprechende Initiative im Bundesrat, für eine Verhinderung der weiteren Eskalation in der Ukraine und für die Verwirklichung einer friedensschaffenden Politik einzusetzen. Der Fokus ist auf Diplomatie zu legen. Notwendig sind ein sofortiger Waffenstillstand und die Aufnahme von Friedensverhandlungen mit Russland. Eingebettet in ein Abkommen über einen Waffenstillstand muss es zu einer Normalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland kommen. Die Wirtschaftssanktionen gegen Russland müssen sofort aufgehoben werden.

Die Unterstützung der Ukraine mit Finanzmitteln ist sofort einzustellen, soweit sie über humanitäre Hilfe hinausgeht. Waffenlieferungen an die Ukraine sind auszusetzen. Zusätzliche Rüstungsgüter verlängern den Krieg und erhöhen das Risiko einer weiteren Eskalation.

(Ausgegeben am 07.10.2026)

Im Rahmen einer langfristigen Friedensordnung ist auf den Status der Ukraine als neutraler Staat hinzuwirken.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Ulrich Siegmund	Oliver Kirchner	Thomas Schulze
Fraktionsvorsitz AfD	Fraktionsvorsitz AfD	Fraktionsvorsitz BSW